



## Redetext

### Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort.*

*"Wir müssen unsere Werte, unsere Kultur, unsere direkte Demokratie, unseren Föderalismus und unser Ehrenamt wieder verstärkt ins Zentrum setzen. In unserem Land gehört es sich, dass man sich an die geltenden Regeln hält [...] Die SVP setzt sich für die Beibehaltung der Volksrechte und des Föderalismus ein. Sie alle sind wichtige Pfeiler des Wohlstandes und Erfolg der Schweiz."*

Parteiprogramm SVP 2023 - 2027, S. 4

*"Wir sehen es als unsere Aufgabe, zu unserer direkten Demokratie, ihren Institutionen und dem Föderalismus Sorge zu tragen."*

Unsere Werte, Webseite [www.die-mitte.ch](http://www.die-mitte.ch)

*"Die Aufrechterhaltung der freiheitlichen, direkten Demokratie steht im Vordergrund."*

"Vision 2050: liberal und nachhaltig" der FDP Schweiz, 30.03.2023

... ergänzen müsste der Ehrlichkeit halber man alle diese Zitate aus den Grundsatzprogrammen von SVP, FDP und Mitte mit einem Warnhinweis: "Achtung, Grundsätze wie direkte Demokratie, Föderalismus und Verfassungstreue gelten selbstverständlich nur so lange, wie sie die finanziellen Interessen mächtiger Parteispender oder Branchenverbände nicht tangieren." So geht es nicht. Das hier vorliegende "Lohnsenkungs-Gesetz" verstösst gegen grundlegende Prinzipien unserer Verfassung und demokratischen Tradition. Selbst in seiner jetzt etwas abgemilderten Form ist es klar, um was es geht: Hier wird versucht, bereits auf zukünftige Entscheide in Kantonen vorzugreifen. Die demokratiepolitischen Gründe, warum das nicht geht, hat SVP-Bundesrat Parmelin in der parlamentarischen Debatte in aller Deutlichkeit ausgeführt.

#### **1. Verstoss gegen Föderalismus und Kantonskompetenzen**

*"Dès lors, le projet dont vous discutez va à l'encontre de la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons [...]."*

---

<sup>1</sup> Bundesrat Parmelin, am 17.6.2025 im Nationalrat

Im Mai 2014 lehnte das Schweizer Volk die Mindestlohninitiative des SGB ab. Ich kann mich noch gut erinnern, wie damals landauf landab gepredigt wurde, wie unangebracht es sei, eine nationale Lösung über die vielfältigen, regionalen Wirtschafts- und Kaufkraftrealitäten stützen zu wollen. Nun, das haben sich die Gewerkschaften und die SP zu Herzen genommen und entsprechend seither die Kampagne für Mindestlöhne kantonal und kommunal vorangetrieben. Das Bundesgericht hat die kantonale Kompetenz Mindestlöhnen zu beschliessen eindeutig bestätigt, soweit sich diese Löhne im Rahmen der sozialpolitischen Kompetenz der Kantone bewegen. Eben erst hat das Bundesgericht auch die Zulässigkeit kommunaler Mindestlöhne in diesem Rahmen bestätigt. Es ist wohl kein Zufall, dass 25 Kantone dieses Vorhaben in der Vernehmlassung mit sehr deutlichen Worten abgelehnt hat.

## **2. Putsch der Bosse gegen demokratische Entscheide**

*"Tout d'abord, sachant que le contenu d'une CCT étendue est déterminé par les partenaires sociaux et qu'il n'est soumis à aucun processus législatif, il n'est pas envisageable qu'il puisse primer une loi cantonale légitimée démocratiquement."<sup>12</sup>*

Neuenburg 54.6% (in Kraft seit 2017), Jura 54.2% (2018), Genf 58.2% (2020), Tessin 54.7% (2021), Basel 53.77% (2021), Vaud 51.7%, Zürich 69.9%, Winterthur 65.5% - das sind die Resultate der Volkabstimmungen betreffend Mindestlöhne. Die letzten drei sind nicht in Kraft und wären damit aktuell auch durch die vom Ständerat eingeführte Besitzstandswahrung nicht geschätzt. Die Bevölkerungen dieser Kantone haben im Wissen um ihre verfassungsmässigen Rechte entsprechenden Initiative oder Gegenvorschlägen zugestimmt, in Luzern hat es das kommunale Parlament beschlossen. Die Erfahrungen sind durchweg positiv, es liegt kein Grund vor, warum die Eidgenössischen Räte eingreifen müssten. Was das nationale Parlament hier versucht ist, mit Verlaub, nicht weniger als ein Putsch der Bosse und Tieflohn-Abzocker gegen die direkte Demokratie.

## **3. Trumpsche Privatisierung des Rechts**

*"Il est indéniable que le projet va à l'encontre de la hiérarchie des normes. Il n'est pas possible qu'une CCT étendue puisse s'écarter de dispositions impératives cantonales [...]."<sup>13</sup>*

Die Umkehrung der Rechtshierarchie, die das Parlament hier beschlossen hat, mutet etwas dystopisch an. Gesamtarbeitsverträge sind privatrechtliche Verträge zwischen zwei (oder mehr) juristischen Personen - Unternehmer:innen oder ihren Verbänden auf der einen und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Daran ändert auch nichts, wenn diese Gesamtarbeitsverträge durch den Bundesrat allgemeinverbindlich erklärt werden. Es bleibt ein privatrechtlicher Vertrag. Diesem einen Vorrang zu geben gegenüber dem öffentlichen, demokratisch gesetzten Recht, ist schon ein starkes Stück. Es erinnert unangenehm an radikallibertäre, anti-staats und anti-demokratische Ideologie, die vor allem auf der anderen Seite des grossen Teichs gerade sehr en vogue sind. Diese trumpsche Privatisierung des Rechts darf keine Schule machen.

---

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> ebd.